

# „Konsensfähiges Gesamtkonzept nötig“

Gnarrenburger CDU/FDP/Steffens-Gruppe zu Schutzpapier: „Die Moore sich selbst zu überlassen, ist keine Lösung!“

GNARRENBURG. Das vom Bundesumweltministerium veröffentlichte Papier zur Moorschutzstrategie bereitet vielen Flächeninhabern in den Moorortschaften des Landkreises Rotenburg große Sorgen (BZ berichtete ausführlich). Bis ursprünglich zum 18. Dezember, nach einer Fristverlängerung nun bis zum 15. Januar, hatte das Ministerium Stellungnahmen zu dem Diskussionspapier eingefordert. Unter anderem die CDU/FDP/Steffens-Gruppe aus dem Gnarrenburger Gemeinderat hat reagiert.

Die vom Bundesumweltministerium erarbeitete Moorschutzstrategie sieht zur Erreichung klimapolitischer Ziele zukünftig eine stark eingeschränkte land- und forstwirtschaftliche Nutzung der Moore vor. Unter anderem sollen Moorflächen des Bundes sowie ungenutzte Flächen bis 2030 vollständig wiedervernässt werden. Der Entwurf sieht zudem Verbote von Vorfluterausbauten und -absenkungen sowie den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln vor. Anreize für moorzehrende Nutzung und Infrastrukturen in der Landwirtschaft sollen komplett abgeschafft werden.

In einem offenen Brief hat sich der CDU-Bürgermeisterkandidat Marc Breitenfeld in Zusammenarbeit mit der CDU/FDP/Steffens-Gruppe des Gnarrenburger Gemeinderates umgehend an das Bundesministerium gewandt. In dem Schreiben heißt es, dass man sich als Teil der „Teufelsmoor-Gemeinde“ Gnarrenburg um die Bedeutung der Moore für die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Ziele der Bundesregierung sehr bewusst sei. Klima-, Wasser-, Natur- und Umweltschutz sowie der Erhalt der Artenvielfalt lägen den Bürgern der ländlichen Gemeinde besonders am Herzen.

Ferner wird in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass sich Gnarrenburg als Moorgemeinde unter anderem im Zuge der 2012 gegründeten Bürgerinitiative „Erhalt der Moore und für die Zukunft der Dörfer“ intensiv mit diesem Thema auseinandersetze. Im Dialog mit Bürgern, Landwirten, Politik, Verwaltung, Industrie und Umweltverbänden werde daher intensiv daran gearbeitet, notwendigen Moorschutz in Einklang mit Landwirtschaft und Lebensqualität der ansässigen Bürger zu vereinbaren.

## Landwirtschaftliche Nutzung

Bereits in der „Gnarrenburger Erklärung“ wurde hierzu einstimmig festgelegt: „Das bundesweit bekannte Teufelsmoor mit seinen Ausläufern um Gnarrenburg ist ein einzigartiger Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs-, Natur- und Landschaftsraum, der uns wertvoll ist und dem unser Engagement gilt“. Die wenigen verbliebenen und noch erhaltenen Hochmoorbereiche gelte es zu schützen, geeignete Bereiche umweltverträglich zu regenerieren, landschaftstypisches Moorgrünland zu erhalten und eine extensive Bewirtschaftung auf freiwilliger Basis zu fördern. Hierzu sei 2016 das Modellprojekt zur klimaschonenden Moorbewirtschaftung geschaffen worden, welches verschiedene Versuche, unter anderem zur Wasserstandanhebung, beinhaltet. Die Stellungnahme verweist darauf, dass erste wichtige Erkenntnisse zeigen, „dass eine Wiedervernässung durch das Pumpen von Grundwasser auf



Glinstedts Ortsbürgermeister Detlef Kück (von links), mit CDU-Gemeinderätin Sandra Meyer, Bürgermeisterkandidat Marc Breitenfeld, Kurt Buck, Gemeindevorstandsvorsitzender der CDU Gnarrenburg, Klekendorfs Ortsbürgermeister Johann Steffens, CDU-Gemeinderat Sven Riemstädt sowie Gerd Hutmenn, stellvertretender Ortsbürgermeister von Langenhäusen, auf einer seit drei Jahren nicht gepflegten Fläche in Oberklenkendorf. Fotos: bz

die Felder technisch aufwendig und sehr kostspielig“ sei.

Ungenutzte sowie ackerbaulich genutzte Moorflächen des Bundes bis zum Jahr 2030 wieder zu vernässen, den Grundwasserstand bis auf sommerliche Wasserstände von höchstens 30 Zentimetern unter Flur anzuheben sowie die Nutzungsformen anzupassen, werde daher ohne rentable, alternative landwirtschaftliche Nutzungsformen kaum realisierbar sein, mahnt die Gruppe um den Findorfer Marc Breitenfeld (CDU). Eine Wasserstandsanhhebung könne in einigen Bereichen zwar sinnvoll sein, jedoch nur, wenn sich eine anschließende landwirtschaftliche Nutzung noch realisieren lasse, ergänzt das Papier.

## » Eine maßvolle bauliche Eigenentwicklung im Moor muss weiterhin möglich bleiben. «

Marc Breitenfeld, CDU

Das Hauptproblem sieht die CDU/FDP/Steffens-Gruppe aktuell darin, dass alternative landwirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten, beispielsweise mit Paludikulturen für Biogasanlagen oder Beweidung der Flächen mit Wasserbüffeln, sich derzeit noch in der Erprobung befänden und wirtschaftlich (zumindest derzeit) nicht ausreichend rentabel seien. Daher wird darauf hingewiesen, dass Klima-, Wasser-, Natur- und Umweltschutz sowie der Erhalt der Artenvielfalt nicht möglich seien, „wenn regionale Landwirte durch nicht umsetzbare Auflagen gezwungen werden, ihren Betrieb aufzugeben, weil sie vom Ertrag der Landwirtschaft nicht mehr leben können“.

„Ein Beispiel für ein regionales Produkt, das das Einkommen zahlreicher ortsansässiger Landwirte seit Jahrzehnten sicherte, ist die Moorkartoffel Sieglinde. Als Ersatz für solche Produkte müssen erst Möglichkeiten gefunden werden, die die Einkommensverluste der Landwirte ausgleichen“, ergänzt Detlef Kück, Spartenleiter der RAISA eG.

Die Moore sich selbst zu überlassen, sei zudem keine Lösung, mahnt die Gruppe. Mittlerweile sei durch mehrere Studien belegt, dass auf aufgegebenen landwirtschaftlichen Flächen außer Birken, Erlen und Brombeergestrüpp kaum noch etwas anderes wächst. Diese Pflanzen aber trockeneten das Moor zusätzlich aus, beschleunigten den Ausstoß

klimagefährdender Gase, belasteten das Wasser durch die Zersetzung des Aufwuchses und führten zu einer verbuschten Monokultur ohne Artenvielfalt, heißt es in dem Schreiben.

„Die romantische Vorstellung von ‚Natur pur‘ sieht in der Realität nämlich anders aus“, mahnt Claudia Schalinski (FDP) mit Blick auf die Birkenwälder vor ihrer Haustür in Karlsruhöfenermoor. Die Pflege und Bewirtschaftung von Mooren sei daher auch in den „Niedersächsischen Weg“ aufgenommen worden, wofür sich unter anderem auch der NABU-Landesverband eingesetzt habe, ergänzt sie. „Ohne Landwirte lassen sich diese Pflege und Bewirtschaftung jedoch nicht umsetzen!“

Daher müssten die Pflege und der Erhalt der Kulturlandschaft auch angemessen entlohnt werden, wie es Johann Steffens, Ortsvorsteher von Klekendorf, bereits seit Jahren gefordert habe. „Für Moorgemeinden wie Gnarrenburg ist der Erhalt der Kulturlandschaft sogar von existenzieller Bedeutung“, mahnt das Schreiben. Denn ohne Bewirtschaftung der Kulturlandschaft hätten auch die hiesigen Dörfer schlechte Zukunftsaussichten. „Zudem muss auch eine maßvolle bauliche Eigenentwicklung im Moor weiterhin möglich bleiben“, fordert Breitenfeld für die Ortschaften rund um Gnarrenburg.

Besonders die aktuelle Ausrichtung der EU-Agrarsubventionen, die Großbetriebe und Lohnunternehmen besonders begünstigen und in vielen europäischen Regionen zum Aufkauf von Land zu Spekulationszwecken führe, wird in der Stellungnahme scharf kritisiert. „Bereits heute sind die zehn größten deutschen Subventionsempfänger Holdings und keine

Landwirte, welche wiederum ihre Steuern in der Regel nicht vor Ort entrichten“, mahnt Breitenfeld.

„Immer größere Betriebe mit immer größeren landwirtschaftlichen Maschinen auf unseren Straßen sind die Folgen dieser Politik“, meint Breitenfeld. Denn zukunftsfähige Landwirtschaft erfordere Wirtschaftlichkeit, die aktuell nur noch mit Größe, intensiver Nutzung, Monokultur, Massenproduktion und technischem Fortschritt möglich sei, ergänzt er. Ohne Ausgleichszahlungen zur Flächenpflege sei daher „der Erhalt unserer Kulturlandschaft gefährdet“.

„Mit jedem Landwirt, der seinen Hof aufgibt, gehen Arbeitsplätze und Gemeindegeld verloren“, so Breitenfeld. In der Folge gerate die Existenz mehrerer lokaler Wirtschaftszweige ins Wanken, die unmittelbar mit der Landwirtschaft zusammenhängen. Landwirtschaftliche Flächen und Immobilien verlören an Wert, Pachtentnahmen gingen verloren.

## Hauptdruck bei Landwirten

„Den Hauptdruck dieser Entwicklung spüren derzeit unsere verbliebenen lokalen Landwirte durch immer weniger Geld für ihre Produkte im Einzelhandel sowie zunehmender gesellschaftlicher Kritik, weil sie statt Bio-Anbau und Diversität versuchen müssen, wirtschaftlich zu bleiben“, heißt es in der Stellungnahme. Dabei sei die landwirtschaftliche Nutzung der Moore bereits ohnehin schwierig, da diese als benachteiligte Gebiete oder Grenzertragsstandorte mit geringerer natürlicher Ertragskraft und arbeitsaufwendigen Grünlandnutzungen höhere Produktionskosten und höheren Arbeitsaufwand aufwiesen, ergänzt Johann Steffens.

Notwendige und längst überfälligen Reformen der gemeinsamen EU-Agrarpolitik drohten eindeutig, zu spät zu kommen, mahnt die Stellungnahme. Bis dahin würden viele für den Moorschutz notwendige und prädestinierte Kleinbetriebe längst aufgeben haben, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der CDU/FDP/Steffens-Gruppe.

„In dem Schreiben fordere man daher gemeinsam das Bundesministerium für Umwelt (BMU) dazu auf, vor der Einführung einschneidender gesetzlicher Regelungen „konsensfähige Gesamtkonzepte“ zu entwickeln und insbesondere den regionalen Kleinbetrieben aufzuzeigen, wie die landwirtschaftliche Nutzung der Zukunft in den Moorregionen aussehen soll. „Ein intelligentes Wassermanagementsystem ist hierfür jedoch genauso notwendig wie ein angemessener finanzieller Ausgleich im Zuge der Vergabe von EU-Fördermitteln“, heißt es in der Stellungnahme.

Aufgrund der kurzen Frist hat man sich dazu entschieden, das von Kurt Buck (CDU) stellvertretend für die CDU/FDP/Steffens-Gruppe gezeichnete Dokument direkt an das BMU zu schicken. Sobald die aktuelle Corona Lage es jedoch zulässt, plane man um den Gnarrenburger Bürgermeisterkandidaten Marc Breitenfeld, weitere Gespräche mit den Landwirten, Umweltverbänden sowie interessierten Bürgern zu führen. „Denn wenn wir unsere Zukunft nicht selbst in die Hand nehmen, werden wir irgendwann nur noch Beobachter großer Ereignisse“, mahnt Breitenfeld. „Bereits jetzt kann sich daher jeder gerne an uns wenden und aktiv mit einbringen. Gemeinsam können wir mehr erreichen!“, appelliert er an die Öffentlichkeit. (bz/alg)

## Frist bis Ende Februar das Ziel

Wiedervernässung: CDU-Bundestagsfraktion stellt sich hinter Moordörfer

BERLIN/GNARRENBURG. In einem gemeinsamen Brief der CDU/CSU-Fraktion an Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) formulieren die verantwortlichen Parlamentarier deutliche Kritik an der „unzureichenden Öffentlichkeitsbeteiligung“. Es sei nicht nachvollziehbar, warum für die Erarbeitung eines ersten Konzeptpapiers fast drei Jahre vergehen, den betroffenen Landkreisen, Verbänden und Landnutzern aber nur wenige Wochen eingeräumt würden, inhaltlich zum Vorhaben der Bundesregierung Stellung zu nehmen, heißt es in dem Schreiben.

Oliver Grundmann, der den Brandbrief gemeinsam mit der umweltpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött, formuliert und unterzeichnet hat, freut sich, seine Bundestagsfraktion an der Seite zu wissen: „Ich danke meinen Berliner Kollegen für die schnelle Unterstützung. Vor allem hat un-

ser schnelle Reaktion, insbesondere auch die Briefe meiner Landtagskollegen Dr. Marco Mohrmann und Eike Holsten, Wirkung gezeigt. Eine erste Fristverlängerung bis zum 15. Januar 2021 haben wir bereits er kämpft. Aber wir lassen nicht locker. Unsere Moordörfer haben auch weiterhin unsere volle Unterstützung!“

Grundmanns Landtagskollege Dr. Marco Mohrmann verdeutlicht: „Erstmal ist es gut, dass unser eindringlicher Appell auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Die große Betroffenheit im Landkreise Rotenburg macht es unbedingt notwendig, die Menschen in den Moordörfern angemessen zu beteiligen.“

Im Brief der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an Umweltministerin Svenja Schulze war betont worden, dass man hinter Moorschutz („hat herausragende Bedeutung“) und der Erarbeitung einer Strategie hierfür stehe. Neben

der kurzen Frist zu einer Äußerung der Öffentlichkeit bis zum 18. Dezember („nicht nachvollziehbar“) wird aber auch kritisiert, dass das jetzige Diskussionspapier „zu erheblichen Ängsten bei den Menschen vor Ort“ führe. Letztere müsse man bei der Erarbeitung einer Strategie ernst nehmen.

Diese Menschen würden fürchten, dass landwirtschaftliche Nutzflächen verschwinden, „wo mit zahlreichen Betrieben die Existenzgrundlage genommen wäre“. Wenn junge Familien in Moordörfern nicht mehr bauen dürfen, würden „in Jahrhunderten gewachsene Strukturen des sozialen Miteinanders gefährdet“. Bestehende Sickergruben könnten bei Wiedervernässung den Dienst versagen, das würde auch bestehende Wohnbebauung bedrohen. Wegen der weitreichenden Konsequenzen wird „eindringlich“ eine Fristverlängerung bis Ende Februar gefordert. (bz)

Modellprojekt in Sachen Klimaschutz: eine Wasserstands-Messstation auf einer extensiv genutzten Fläche.

